

**Der Kreistag
Fraktionsgeschäftsstelle**

FDP-Antrag-Nr.: **FDP_AG/0096/2025**

Verfasserin / Verfasser
Katja Lauterbach

Gelnhausen, 19.11.2025

Beratungsfolge	Termin	Beratungsart
Kreistag des Main-Kinzig-Kreises	12.12.2025	Entscheidung

Antrag

Erkennung und Bekämpfung von Antisemitismus im Main-Kinzig Kreis mit dem Schwerpunkt Schulen

Der Kreistag beschließt:

1.

Der Kreisausschuss wird beauftragt, ein Programm zur Erkennung und Bekämpfung von Antisemitismus im Main-Kinzig-Kreis, mit besonderem Schwerpunkt auf den Schulen, zu erarbeiten und umzusetzen.

In die Erstellung und Umsetzung sollen nach Möglichkeit die jüdische Gemeinde Hanau sowie RIAS Hessen einbezogen werden.

2.

Dieses Programm soll folgende Punkte umfassen:

- Einführung eines standardisierten Dokumentationssystems für antisemitische Vorfälle im Kreis, nach Möglichkeit in Zusammenarbeit mit RIAS.
- Benennung einer Koordinierungsstelle „Antisemitismusprävention“ beim Staatlichen Schulamt, nach Möglichkeit und in Absprache angesiedelt beim Kreis.
- Ein Angebot für die Qualifizierung von Antisemitismus-Beauftragten an den Schulen im Kreis und/oder von Fortbildungen für Lehrkräfte und Schulpersonal zum Erkennen und Umgang mit antisemitischen Haltungen und Vorfällen.
- Aufbau / Angebot einer klaren Interventionskette bei antisemitischen Vorfällen (z.B. Lehrkraft → Schulleitung → Kreis-Koordinierungsstelle beim Schulamt → ggf. Polizei/Jugendamt).
- Abgabe eines jährlichen Antisemitismus-Berichts für den Kreistag mit Zahlen,

zum Antrag **FDP_AG/0096/2025** vom 19.11.2025

Betr.: Erkennung und Bekämpfung von Antisemitismus im Main-Kinzig Kreis mit dem Schwerpunkt Schulen

Erfahrungen und Handlungsempfehlungen.

- Reaktivierung der Partnerschaft mit Ramat Gan (Israel): Intensivierung des Austauschs zwischen Schulen, Jugendgruppen und Vereinen im MKK und Ramat Gan, um gegenseitiges Verständnis und Solidarität zu fördern.

3.

Parallel sollen Maßnahmen zur Stärkung des öffentlichen Bewusstseins für die Thematik und zur Förderung des jüdischen Lebens im Kreis ergriffen werden:

Hierzu können gehören:

- Die Entwicklung und Förderung von pädagogischen Präventionsmaßnahmen, u. a. Projekttage, Workshops, Gedenkstättenfahrten, Begegnungsprojekte wie „Meet a Jew“ oder Gespräche mit Vertretern der jüdischen Gemeinde.

- Stärkung der Elternarbeit, u. a. durch mehrsprachige Informationsmaterialien und Informationsabende, z.B. im Zusammenhang mit Bildungspartner Main-Kinzig.

- Unterstützung von Kulturprojekten, Ausstellungen, Konzerten und Bildungsangeboten zu jüdischer Geschichte und Gegenwart, wie z.B. durch die „Freunde der Synagoge Schlüchtern e.V.“

4.

Die notwendigen finanziellen Mittel sind zu ermitteln und im nächsten Kreishaushalt einzuplanen, sofern die Realisierung nicht durch Umschichtungen möglich ist.

Begründung:

Die neuesten Zahlen der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Hessen (RIAS Hessen) zeigen einen alarmierenden Anstieg antisemitischer Vorfälle. Im Jahresbericht 2024 dokumentierte RIAS Hessen zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember insgesamt 926 antisemitische Vorfälle. Dies entspricht einer Zunahme von 75 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Antisemitische Tendenzen machen nicht an Kreisgrenzen halt. Für den Main-Kinzig-Kreis ergibt sich daraus der Handlungsauftrag, zunächst vor allem genau hinzusehen und die konsequente Erfassung antisemitischer Vorfälle zu stärken.

Im Mittelpunkt des Antrages steht daher ein Lagebericht Antisemitismus mit den nötigen Vorarbeiten der Sensibilisierung und Erfassung von antisemitischen Vorfällen. Mit dem RIAS-System steht dafür auch eine Klassifizierung solcher Vorfälle zur Verfügung. Mit deren Nutzung könnte Doppelarbeit vermieden werden.

Ein besonders wichtiger Ort hierfür sind die Schulen. Daher ist die Zusammenarbeit

zum Antrag **FDP_AG/0096/2025** vom 19.11.2025

Betr.: Erkennung und Bekämpfung von Antisemitismus im Main-Kinzig Kreis mit dem Schwerpunkt Schulen

mit dem staatlichen Schulamt nötig und idealerweise mit einem/einer Ansprechpartner/in der jeweiligen Schule empfehlenswert.

Weitere wichtige Bausteine gegen Antisemitismus und Judenhass sind die Begegnung mit jüdischen Menschen, die selbstverständliche Sichtbarkeit jüdischen Lebens im öffentlichen Raum und die Pflege jüdischer Kultur und Tradition im Land. Hierauf zielen die weiteren Elemente des Antrags: Die Notwendigkeit der Reaktivierung der Städtepartnerschaft ist selbsterklärend. Mit dem Umbau der ehemaligen Synagoge entsteht im Main-Kinzig-Kreis ein wichtiger lokaler Bezugspunkt. Das Projekt „Meet a Jew“ bietet eine besonders wirksame Möglichkeit, Schülerinnen und Schülern durch persönliche Begegnungen einen authentischen Einblick in jüdisches Leben in Deutschland und Hessen zu geben. Denn direkter Austausch baut Vorurteile ab und stärkt Respekt und Toleranz.